



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-9802 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telefax 81 3221155  
Telefax (0222) 73 78 78  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5931/28-4/89

4555 IAB

1990 -01- 25

zu 4697 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Eigruber und Genossen vom 5. Dezember 1989,  
Zl. 4697/J-NR/89 betreffend die Einführung  
von einheitlichen Stimmzetteln bei Betriebs-  
ratswahlen in der VOEST.

Grundsätzlich ist vor auszuschicken, daß gemäß Art. 52 Abs. 1  
B-VG der Nationalrat und der Bundesrat befugt sind, die  
Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren  
Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen  
und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Es war daher  
zu prüfen, ob sich die gestellten Fragen überhaupt auf  
"Gegenstände der Vollziehung" im Sinne des B-VG beziehen.

Dazu präzisiert auch § 90 des Geschäftsordnungsgesetzes des  
Nationalrates, daß sich das Interpellationsrecht insbesondere  
auf Regierungsakte "sowie Angelegenheiten der behördlichen  
Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten" bezieht.  
Die von Ihnen gestellte Anfrage behandelt Angelegenheiten,  
die nicht Gegenstand der Vollziehung im Sinne des Art. 52  
Abs. 1 B-VG sind.

Ich habe aber Ihre Anfrage an die ÖIAG weitergeleitet, die  
eine Stellungnahme abgegeben hat, die ich Ihnen in der Folge  
gerne zur Kenntnis bringe:

"Inwieweit konnte der ÖVP-Vorschlag nach Einführung von  
einheitlichen Stimmzetteln bei Betriebsratswahlen in der  
VOEST bereits verwirklicht werden?"

Gemäß den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetz bzw. den  
diesbezüglichen Verordnungen steht dem Unternehmen keine wie

- 2 -

immer geartete direkte Einflußnahme auf Betriebsratswahlen zu.

Für die Abwicklung von Betriebsratswahlen ist ein in der Betriebsversammlung direkt von der Belegschaft gewählter Wahlvorstand verantwortlich. Dieser hat darauf zu achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden und ist somit auch für die Form und Gestaltung der verwendeten Stimmzettel zuständig.

Soferne also die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, haben daher weder das Unternehmen noch irgendwelche andere staatliche Institutionen direkte Einflußmöglichkeiten. Dies gilt auch für die Gestaltung der verwendeten Stimmzettel.

Wien, am 4. Jänner 1990  
Der Bundesminister

